

Demokratie – jetzt erst recht!

Erklärung im Anschluss an die Tagung „Partizipation, Verantwortung, Demokratie“

Unsere Gesellschaft versteht sich als Solidargemeinschaft. Diese ist gegenwärtig stark herausgefordert. Viele Menschen sind in großer Sorge: Gewalt, insbesondere gegenüber Geflüchteten, wachsender Rechtspopulismus und das Erstarken von Terrorismus und islamistischem Fundamentalismus prägen die derzeitige Situation. Hinzu kommen sich verschärfende Gegensätze. In unserem reichen Land nimmt die Armut zu, die Bildungschancen sind nach wie vor ungleich verteilt. All dies gefährdet unsere Demokratie. Gleichzeitig ermutigen das hohe Maß an Solidarität vieler Ehrenamtlicher und die Willkommenskultur in vielen Schulen. Sie stärken die Zivilgesellschaft.

Schule ist mehr denn je gefragt, Kinder und Jugendliche dafür zu gewinnen, aktiv für die Demokratie einzutreten. Sie vermittelt die Erfahrung, dass es Sinn macht, Verantwortung zu übernehmen und sich an demokratischen Prozessen zu beteiligen. Das gilt gleichermaßen für das eigene Lernen, die Partizipation in Unterricht und Schulleben und das Engagement für gesellschaftliche Themen und Aktivitäten über die Schule hinaus. Ob sich die Grundwerte unserer Gesellschaft in Zukunft behaupten können, entscheidet sich auch und vor allem in unseren Schulen.

In dieser Situation erneuern die Schulen im Schulverbund „Blick über den Zaun“ ihre Selbstverpflichtung, die in den „Standards für eine gute Schule“ dokumentiert ist, durch folgende Erklärung:

1. Die Schule muss selbst ein Vorbild der Gemeinschaft sein, zu der und für die sie erzieht. Sie muss ein Ort sein, an dem Kinder und Jugendliche die Erfahrung machen, dass es auf sie ankommt, dass sie gebraucht werden und dass sie etwas bewirken können. Sie muss ihnen die Zuversicht mitgeben, dass die Unterschiedlichkeit und Vielfalt der Menschen als Reichtum angesehen, dass Schwächere geschützt werden, dass gemeinsam festgelegte Regeln und geltende Werte dem Egoismus der Einzelnen Grenzen setzen. Mitmenschlichkeit und Toleranz, Beteiligung, Verantwortung und Demokratie sind demnach einerseits „Lerngegenstände“, andererseits vor allem auch Lebensformen: Kinder und Jugendliche erfahren, dass sie gehört werden, so wie sie anderen zuhören, dass Menschen in der Schule achtungsvoll miteinander umgehen und Konflikte offen und fair bearbeitet werden können.
2. Beteiligung, Verantwortung und Demokratie müssen sich auch im Alltag des Lernens widerspiegeln. Alle Heranwachsenden erhalten die Chance, sich zu erproben, eigene Interessen und Zugänge zu entwickeln und ihre Fähigkeiten bestmöglich zu nutzen. Dazu ermöglicht die Schule unterschiedliche Lernwege und Leistungsprofile, die Herausforderungen und Fördermöglichkeiten bieten. Kinder und Jugendliche werden dabei unterstützt, Themen, Fragestellungen und Methoden selbst mit auszuwählen, ihren Lernweg zu reflektieren und ihr Lernergebnis zu beurteilen. Individuelles und gemeinsames Lernen bedingen einander. Die jungen Menschen werden darin bestärkt, Verantwortung für ihr eigenes Lernen und für das der Gruppe zu entwickeln.
3. Die Schule befähigt Schülerinnen und Schüler, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, sei es in Unterrichtsprojekten oder bei außerunterrichtlichen Aktivitäten z. B. im Umfeld der Schule, für den Schutz der Umwelt, bei sozialen, politischen oder kulturellen Projekten, in Schülerfirmen oder auf Reisen. Sie lernen, gemeinsame Ziele und Vorschläge angemessen zu vertreten, Argumente zu finden, sich mit Gegenargumenten auseinanderzusetzen und Lösungen zu ent-

wickeln. Sie öffnen ihren Blick auf die Welt, entwickeln Selbstbewusstsein, Fantasie und Urteilskraft und erproben eigene Handlungsmöglichkeiten bei der Mitgestaltung von Gesellschaft und Umwelt.

4. Im Umgang mit geflüchteten Menschen zeigen unsere Schulen, wie Mitmenschlichkeit und Toleranz sich gegen Angst und Abwehr, diffuse Fremdenfeindlichkeit und egoistische Interessen durchsetzen können. Die Gestaltung einer durch Diversität geprägten Gesellschaft wird zur Gemeinschaftsaufgabe. Nicht isolierte „Flüchtlingsschulen“ sind das Ziel. Vielmehr können sich Kinder und Jugendliche mit Fluchtgeschichte im täglichen Zusammenleben, beim Sprechen und Zuhören sowie durch eine umfassende kulturelle Teilhabe Schritt für Schritt in unsere Gesellschaft einleben. Zugleich erleben alle Kinder und Jugendliche die Vielfalt in ihren Lerngruppen als Bereicherung und lernen, unterschiedliche Kulturen zu verstehen und zu achten.
5. Die von der UN verabschiedete Konvention für Kinderrechte, die Deutschland bereits 1992 vollständig übernommen hat, formuliert den Anspruch auf ein „gutes Leben“. Dabei geht es um den „Schutz“, der Kindern als Jüngeren und damit Verletzbareren zusteht. Und es geht um das Recht, alle Potenziale entwickeln zu können, um als Erwachsene das eigene Leben und das der Gemeinschaft selbstbestimmt und solidarisch gestalten zu können. Kinderrechte schließen das Recht auf Bildung im o. g. Sinne ein. Sie gelten für alle Kinder unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Und sie eröffnen den Schulen einen Gestaltungsraum. Die stärker werdende Diskussion um die Kinderrechte ist zugleich ein Zeichen der Kritik an der scheinbaren Alternativlosigkeit kommerzieller, technokratischer oder globaler „Gesetzmäßigkeiten“. In diesem Sinne unterstützt der Schulverbund „Blick über den Zaun“ das Manifest für Kinderrechte, Demokratie und Schule.
6. Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, Stiftungen und Verbände sind aufgefordert, Schulen bei ihrer Aufgabe zu unterstützen. Neben den notwendigen Ressourcen bedarf es vor allem einer veränderten bildungspolitischen Gewichtung:
 - Soziale Leistungen und Kompetenzen müssen in der Schule eine größere Wertschätzung erfahren und sollen deutlich stärker gewichtet werden.
 - Klassenarbeiten und Tests müssen regelhaft durch unterschiedliche Formen von Arbeitsprodukten ersetzt werden können, die aus eigenverantwortlich gestaltetem Unterricht erwachsen.
 - Projekte und Aktionen im Sinne der Verantwortungsübernahme sind verstärkt auf außerunterrichtliches Lernen angewiesen. Diese muss als vollwertige Lernzeit anerkannt werden.

Insbesondere für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit Fluchtgeschichte bedarf es eines umgehenden Zugangs zu Bildung, einer Flexibilisierung von Regelungen, z. B. bei der Altersmischung, der Schulbesuchsdauer, der Bewertung von Leistungen, für die Vergabe von Abschlüssen und beim Einstieg in die Arbeitswelt.

Die gegenwärtigen Herausforderungen unterstreichen die Notwendigkeit, dass sich Schulen, „von innen und von unten“ verändern. Der Schulverbund „Blick über den Zaun“ verpflichtet sich zu innovativer Entwicklungsarbeit und lädt weitere Schulen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Bündnisse ein, sich dieser Erklärung anzuschließen.

Göttingen, am 30. April 2016